

Antrag

der Abgeordneten Kathrin Vogler, Dr. Alexander S. Neu, Heike Hänsel, Michel Brandt, Christine Buchholz, Sevim Dagdelen, Dr. Diether Dehm, Dr. Gregor Gysi, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Zaklin Nastic, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Keine weitere Beteiligung der Bundeswehr an den jährlichen NATO-Nuklearübungen Steadfast Noon

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In den jährlich – in der Regel im Oktober – stattfindenden NATO-Manövern Steadfast Noon wird die praktische Umsetzung der nuklearen Teilhabe geübt. Der Fliegerhorst Büchel ist für die Bundeswehr daran beteiligt. Die belgische Tageszeitung De Morgen hat ein NATO-Dokument veröffentlicht, das den Fliegerhorst Büchel als Standort der US-amerikanischen Atomwaffen in Deutschland benennt: <https://www.demorgen.be/nieuws/eindelijk-zwart-op-wit-er-liggen-amerikaanse-kernwapens-in-belgie~b051dc18/?referrer=https%3A%2F%2Fwww.heise.de%2F> NATO-Generalsekretär Stoltenberg besuchte am 16. Oktober 2020 die niederländische Basis Volkel und bestätigte in diesem Zusammenhang, dass es sich bei Steadfast Noon um „die jährliche Nuklearübung“ der NATO handele.

Nukleare Teilhabe bedeutet, dass die in Deutschland gelagerten US-Atomwaffen im Kriegsfall durch Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr von Bundeswehrkampfflugzeugen aus abgeworfen werden. Sie bedeutet auch, dass deutsche Soldatinnen und Soldaten schon in Friedenszeiten den Einsatz von Atomwaffen üben. Die Stationierung von Atombomben in Deutschland macht die Bundesrepublik nicht sicherer, sich macht sie zu einem primären Angriffsziel. Darüber hinaus verschwendet die nukleare Teilhabe Ressourcen, die selbst ohne die Kosten der Pandemie dringend für die öffentliche Daseinsvorsorge benötigt werden. Allein die in diesem Zusammenhang vom Verteidigungsministerium geplante Beschaffung von 30 Jagdbombern des Typs F/A-18F Super Hornet und 15 Kampfflugzeugen EA-18 Growler würden nach Berechnungen der Organisation Greenpeace mindestens 7,67 Milliarden Euro kosten (<https://www.greenpeace.de/presse/publikationen/teuer-und-umstritten-die-tornado-nachfolge>).

Die nukleare Teilhabe der Bundesrepublik in der NATO verstößt darüber hinaus gegen das humanitäre Kriegsvölkerrecht und den Nichtverbreitungsvertrag (NVV) sowie weitere völkerrechtliche Regelungen.

Der NVV verbietet die unmittelbare und mittelbare Annahme von Atomwaffen durch Nichtnuklearstaaten. Das Völkerrecht geht gemäß Art. 25 GG allen anderen Gesetzen vor. Aufgrund dieser völkerrechtlichen Regelungen zum Einsatz von atomaren Waffen im Kriegsfall hatte das Verteidigungsministerium bereits 2006/2008 in der Taschenkarte für deutsche Soldatinnen und Soldaten, deren Inhalt als Befehl gilt, festgehalten, dass ihnen der Einsatz von nuklearen Kampfmitteln strikt untersagt ist.

Auch dient die nukleare Teilhabe der Bundesregierung als Vorwand, den überfälligen Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) zu verweigern. Der AVV ächtet völkerrechtlich Entwicklung, Produktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung, Einsatz und Besitz von Atomwaffen, sowie die Drohung mit Atomwaffen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Teilnahme von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr an dem NATO-Manöver Steadfast Noon im Oktober dieses Jahres auszuschließen.
2. die Teilnahme der Bundeswehr und ihrer Einsatzmittel an weiteren Steadfast-Noon-Manövern in den kommenden Jahren auszuschließen.

Berlin, den 8. Juni 2021

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.